

**Stellungnahme "Fairsprechen" - Dagmar Schmidt, MdB  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-  
Bundestagsfraktion**

Nicht erst die globalen Krisen und Herausforderungen, darunter der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die andauernde Covid-19-Pandemie oder auch die derzeitige Bedrohung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern, verdeutlichen, dass Entwicklungszusammenarbeit als essentieller Bestandteil des multilateralen Systems mitgedacht werden muss. Die Initiative „Fairsprechen“ ist hierfür eine hervorragende Initiative der Zivilgesellschaft, die wir als SPD-Bundestagsfraktion gerne unterstützen.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag ambitionierte Ziele gesetzt, die durch die aktuelle Situation noch herausfordernder geworden sind. Eine der größten Aufgaben ist es hierbei strukturelle Ausbeutung und Ungleichheit zu bekämpfen. In der vergangenen Legislaturperiode ist uns mit der Einführung des Lieferkettengesetzes ein großer Schritt gelungen. Zum ersten Mal verpflichten wir Unternehmen Verantwortung über die Bedingungen entlang der gesamten Lieferkette zu übernehmen. Wir wollen ein Ende damit machen, dass viele Millionen Menschen unter menschenunwürdigen und gefährlichen Arbeitsbedingungen in Bergwerken, Kakaoplantagen oder Textilfabriken zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Ein europäisches Lieferkettengesetz ist hierbei der nächste Schritt. Nichtsdestotrotz muss uns bewusst sein, dass die Mehrzahl der Menschen in Entwicklungsländern (ca. 80 Prozent) im informellen Sektor tätig ist. Aus diesem Grund setzen wir uns aktiv für den Aufbau von Social Protection Floors (SPFs) ein. SPFs bieten durch eine Gesundheits-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung eine grundlegende Einkommenssicherheit und sind somit elementar für die nachhaltige Bekämpfung von Armut und Hunger.

Zudem sind wir uns bewusst, dass eine gerechte und nachhaltige Entwicklung weltweit eng im Zusammenhang mit der Eindämmung der Klimakrise steht. Entscheidend ist es hier, dass wir als Industrienation unserer Verantwortung bewusstwerden und diese anerkennen. Die Erfüllung der UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltigen Entwicklung sowie die Ziele des Pariser Klimaabkommens stellen für uns ein Hauptanliegen dar.